



Berliner Beauftragte
für Datenschutz
und Informationsfreiheit

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin

Herrn
Joachim Lindenberg
Heubergstr. 1a
76228 Karlsruhe

Geschäftszeichen: 521.16935.11
Abteilung: II
Bearbeiter:in: [REDACTED]
Telefon: 030 13889-0
Durchwahl-Nr.: [REDACTED]

Datum: 27. März 2024

Ihre Beschwerde vom 23. Januar 2023

Verantwortliche Stelle: DB Dialog GmbH

Ihre E-Mails vom 22. und 26. September sowie 5. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Lindenberg,

wir haben Ihre o. g. E-Mails erhalten und werden die Angelegenheit weiter überprüfen. Wir bitten nochmals um Verständnis für die kapazitätsbedingt verzögerte Bearbeitung.

Sie haben sich mit Ihrer o. g. Eingabe über folgenden Sachverhalt beschwert:

Sie haben mit E-Mail vom 8. Dezember 2022 ein Auskunftersuchen gemäß Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) an die DB Dialog GmbH gerichtet. Das Unternehmen hat Ihnen die begehrte Auskunft mit per E-Mail vom selben Tag übersendetem Schreiben vom 6. Januar 2023 erteilt. Sie waren der Ansicht, die erteilte Auskunft entspreche nicht datenschutzrechtlichen Vorgaben und haben uns diesbezüglich kontaktiert. Wir haben dem Unternehmen hierauf mit Schreiben vom 1. September 2023 einige Hinweise erteilt und es gebeten, die erteilte Auskunft dementsprechend zu überprüfen und Ihnen eine aktualisierte Auskunft zu erteilen.

Das Unternehmen hat Ihnen mit per E-Mail vom 26. September 2023 übermitteltem Schreiben vom selben Tag eine aktualisierte Auskunft erteilt.

**Berliner Beauftragte für Datenschutz
und Informationsfreiheit (BlnBDI)**

Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin
Eingang: Alt-Moabit 60

Telefon: 030 13889-0
Telefax: 030 215 50 50

Sprechzeiten: Mo.-Fr. 10-15 Uhr,
Do. 10-18 Uhr, oder nach Vereinbarung

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de
Website: www.datenschutz-berlin.de



Sie sind der Ansicht, diese sei weiterhin unvollständig. Die Angaben gemäß Art. 15 Abs. 1 Hs. 2 lit. a bis h DSGVO würden teilweise fehlen. Zudem sei die auf Ihre Person bezogene Daten enthaltende Kommunikation zwischen dem Unternehmen und unserer Behörde nicht beaufkufftet worden. Sie haben dies sowohl dem Unternehmen als auch uns mit E-Mail vom selben Tag mitgeteilt.

Hierauf hat das Unternehmen mit ebenfalls an uns in CC gerichteter E-Mail vom 5. Oktober 2023 u. a. ergänzend mitgeteilt, der Zweck der Datenverarbeitung im Servicecenter Fahrgastrechte sei die Bearbeitung von Erstattungsanträgen nach Zugreisen. Ein Datentransfer in Drittländer erfolge nicht. Die Korrespondenz zwischen dem Unternehmen und uns liege Ihnen bereits vor. Das Unternehmen könne daher keinen sinnvollen Zweck darin erkennen, Ihnen diese erneut zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen hat Sie gebeten, einen entsprechenden Zweck zu benennen. Das Unternehmen hat Ihnen zudem mitgeteilt, dass „Anträge, die allein dem Ziel dienen, den Verantwortlichen zu schikanieren oder denen keine datenschutzrechtliche oder andere legitime Zielsetzung zu Grunde liegt, als rechtsmissbräuchlich angesehen werden können“.

Sie haben dem Unternehmen hierauf mit wiederum in CC an uns gerichteter E-Mail vom selben Tag u. a. weiter mitgeteilt, Sie würden eine konkrete Benennung der Verarbeitungszwecke und auch im Hinblick auf die übrigen Informationen nach Art. 15 Abs. 1 Hs. 2 lit. b bis h konkretere Informationen erwarten. Es spiele keine Rolle, welche Daten Ihnen vorliegen würden.

Wir haben das Unternehmen mit dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt konfrontiert und um Stellungnahme gebeten. Diese haben wir noch nicht erhalten. Wir werden Sie weiterhin über Fortschritte im Verlauf der Untersuchung informieren. Für Rückfragen stehe ich Ihnen unter folgender Rufnummer gerne zur Verfügung:

030 13889-[REDACTED]

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]